Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 215 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 M. durch die Boten 4,90, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 4,92 Mark. | **Halver** Montag, den 15 Sept. 1919 | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **19. Jahrgang**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der preußische Landwirtschaftsminister erklärt in einem Schreiben an den Reichspräsidenten, es sei möglich, für die Landwirtschaft doppelt soviel künstliche Düngemittel als im Frieden zu beschaffen.

* Der preußische Haushaltsausschuß nahm in ungewöhnlich scharfer Form gegen die Reichsregierung Stellung und bezeichnete sie als „jämmerlich mutlos".

* Der von Bismarck im Jahre 1887 abgeschlossene deutsch-russische Rückversicherungsvertrag mit Rußland ist jetzt veröffentlicht worden.

* Von den in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen werden täglich 2000 Mann zurückbefördert.

* Die in Oberschlesien weilende Ententekommission wurde von polnischen Banden beschossen.

* Die südafrikanische Volksvertretung hat mit 84 gegen 19 Stimmen beschlossen, den Friedensvertrag zu bestätigen.

Von der Linken.

Es wiederholt sich alles im Leben der Völker. Das ist nicht verwunderlich: denn der Mensch bleibt, was er war und was er ist. Weder umstürzende technische Erfindungen noch fortschreitende Zivilisation und Kultur, noch wachsender Wohlstand ändern das Wesen der Menschen. Schmerzen und Freuden, Begierden und Triebe sind die gleichen geblieben. Ihre Tragödien- und Lustspieldichter können im Grunde immer nur die alten Themata variieren. Da die Völker Zusammenfassungen von Menschen sind, bringt auch das Leben der Völker Wiederholungen. Das gleiche gilt von den Parteien und ihren Kämpfen. Die Namen mögen sich ändern, die Kämpfe (meistens um die Macht) bleiben die gleichen. Auch von den Mitteln zum Kampf gilt dies; die einen greifen zu Gewaltsamkeiten, die anderen wollen auf friedlichem Entwicklungsweg ihr Ziel erreichen. Früher griff der Empörte zum Dolch, den er gleich Möros im Gewande trug, um einen verhaßten Machthaber zu beseitigen, denn das Pulver war noch nicht erfunden. Jetzt handhabt man den Revolver und, mit Hilfe der fortgeschrittenen Chemie, die zerreißende Bombe. Die anderen, die auf friedlichem Wege eine Änderung bestehender Verhältnisse herbeiführen wollen, suchen in den gesetzgebenden Körperschaften die Mehrheit oder mindestens Einfluß zu erlangen.

Wenn aber eine Partei keine Aussicht hat, im Parlament die Mehrheit zu erreichen? Die sozialdemokratische Partei hat das Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen damit beantwortet, daß sie sich um die Wahlen nicht kümmerte. Sie stand grollend beiseite und ließ den preußischen Landtag tun, was er wollte. Die meisten Führer waren gegen die Selbstausschaltung: man kann nur dann die Einrichtung eines Gebäudes ändern, wenn man drinnen ist. Erst als 1897 das preußische Abgeordnetenhaus beinahe das „kleine Sozialistengesetz" angenommen hatte — es fehlten nur fünf Stimmen zur Mehrheit — erkannte die Partei die Wirkungen der passiven Resistenz. Noch in demselben Jahre wurde auf dem Hamburger Parteitag beschlossen: „Die Beteiligung an der nächsten preußischen Landtagswahl ist überall geboten, wo die Verhältnisse den Parteigenossen eine solche ermöglichen." Von da ab arbeitete die Sozialdemokratie auch an den preußischen Angelegenheiten mit. Zu irgend einem entscheidenden Einfluß konnte sie unter jenem Wahlrecht nicht gelangen; trotzdem wurde niemals mehr der Plan erwogen, das Preußenparlament links liegen zu lassen, weil ihm das geheime und direkte Wahlrecht versagt sei.

Inzwischen hat die Revolution sämtlichen gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands das freieste Wahlrecht der Welt gebracht. Dennoch wiederholt sich der Vorgang von damals. Wenn eine Partei keine Aussicht auf die Mehrheit oder Einfluß im Parlament hat, was dann? Man pfeift auf das Parlament! Die Kommunisten und ein Teil der Unabhängigen tun das ausgiebig.

Man erinnert sich, wie die Radikalen nach der Revolution alle Mittel aufboten, die Wahlen zur Nationalversammlung zu hintertreiben. Sie wußten, daß ihre damals große Macht in Wirklichkeit auf einer Minderheit ruhte. Darum ihr Kampf gegen den demokratischen Grundsatz, daß die Mehrheit zu entscheiden hat. Als echte Revolutionäre stellen sie Selbstverständlichkeiten auf den Kopf. Sie dekretieren: Die Minderheit hat zu herrschen, die Mehrheit sich still zu fügen. Sie kleiden das in das Schlagwort (wobei der Ton mehr auf das „Schlag" zu legen ist) „Diktatur des Proletariats"; sie, die bisher die schärfsten Feinde jeder Diktatur waren! Weil aber die unbestechlichen Zahlen gegen sie sprechen, sollen die Zahlen überhaupt nicht sprechen. Man sollte nicht erfahren, wie wenig Anhänger sie im Lande hatten. Deshalb entweder keine Wahlen oder keine Wahlbeteiligung. Ihr Einfluß im freien Parlament würde lächerlich schwach sein, also mußte man den Einfluß und die Macht mit Gewaltmitteln zu erreichen suchen, mit den Mitteln des Pulvers und des Nitroglyzerins.

Die einsichtigeren Führer sind dagegen; weniger gegen die Mittel der Gewalt — wäre dies der Fall, so wäre die Einigung mit den Regierungssozialisten schon morgen möglich — als dagegen, sich jedes Einflusses auf und durch das Parlament zu begeben. Sie können von der weit hinhallenden Tribüne der Landes- oder Nationalversammlung ihre Gedanken verbreiten, der Regierung das Leben schwer machen. Solange die Macht der Straße zum Siege nicht ausreicht, wollen sie das friedliche Mittel ausnutzen — oder beide nebeneinander. Man soll nicht alles auf eine Karte setzen und Hasardpolitik treiben! mahnte Herr Haase.

Vom Standpunkt der Unabhängigen aus ist das so richtig und überzeugend, daß selbst die Zentrale der kommunistischen Partei, die die Wahlen zur Nationalversammlung radikal boykottiert hatte, jetzt diesen Gedanken aufnimmt und die Ausnutzung aller politischen Mittel, also auch des geschmähten Parlamentarismus empfiehlt. Aber die Berliner Spartakisten mucken auf. Die Berliner sind überhaupt eine besondere Spezies. Ein großer Teil der Berliner Mehrheitssozialisten neigt zu den Unabhängigen, die Unabhängigen neigen zu den Kommunisten, und die Berliner Kommunisten sind noch radikaler als ihre Parteizentrale. Die Berliner haben nun einen Sonderbeschluß gefaßt und in einer Funktionärversammlung erklärt, daß sie „die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit als ungeeignetes Mittel zur Fortführung des proletarischen Befreiungskampfes ablehnen."

Es wiederholt sich alles. Auch 1897 war ein Teil der Sozialisten sehr entschieden gegen die Beteiligung an den preußischen Wahlen. Sie verstummten allmählich. Vielleicht wird auch diesmal die Entwicklung über die allzuradikalen hinwegschreiten. Vielleicht aber ist die besonnenere und friedlichere Haltung der Unabhängigen und Kommunisten, da sie nur durch die Verhältnisse erzwungen ist, nicht von Dauer, nur ein Manöver, dennoch von Bedeutung. Man vergegenwärtige sich die Motive, die die mit der Straße liebäugelnden Unabhängigen und die Kommunisten dem friedlichen Parlamentarismus gefügig machen: 1) Die Arbeitermassen sind nicht mehr vom Rätegedanken berauscht, unter dem sich jeder etwas anderes vorstellt und der, in die Praxis hineingestellt, sich als lebensunfähig und die Wirtschaftsordnung gefährdend erweist. 2) Die Arbeitermassen sind allmählich besonnener geworden, die Straße gehört der Allgemeinheit. Die Reichswehr besitzt Disziplin. Es gibt keine Teuppen mehr, die sich Aufständischen gegenüber für „neutral" erklären. Und drittens die Weltrevolution, auf die unsere phantastischen Weltverbesserer mit Sicherheit gerechnet haben, will noch immer nicht kommen. Die ungarische Räterepublik ist zusammengebrochen, Bayern, insbesondere München ist eine böse Wunde; im Osten hat, wie Dr. Hilferding auf der Reichskonferenz der Unabhängigen gestand, die konterrevolutionäre Bewegung mit einer Stärke eingesetzt, daß es fraglich ist, ob man sie noch aufhalten kann: im Westen dürfte die Entwicklung in der nächsten Zeit keine akuten Revolutionskämpfe bringen.

Unsere Kommunisten stehen also isoliert, nach außen wie im Innern. Die Haltung der stets schwankenden Unabhängigen ist ein Barometer. Sie deutet für die nächsten Monate nicht auf Sturm, kaum auf „Veränderlich." Man braucht die Stimmung in beiden Lagern für den Parlamentarismus nicht hoch einzuschätzen. Aber die Ursachen dieser Stimmung sind bemerkenswert. *Sch.*

Preußen und die Beamtenzulagen.

„Die jämmerlich mutlose Reichsregierung."

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Haushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung trat zur Beratung der neuen einmaligen Beihilfe zusammen, die den Staatsbeamten, Lehrern, Supernumeraren usw. gegeben werden soll. Ministerpräsident Hirsch, Finanzminister Dr. Südekum und Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser nahmen an den Verhandlungen teil. Wie schon in der Vorlage der Regierung ausgeführt ist, ist Preußen ein Gegner der neuen Teuerungszulage gewesen, die den Reichsbeamten in Höhe von 600 bis 1000 Mark nebst Kinderzulagen gewährt worden ist. Nachdem aber das Reich vorangegangen ist, hielt Preußen es für unvermeidlich, seinen Beamten die gleichen Zuwendungen zu machen.

Finanzminister Dr. Südekum bezeichnete die Finanzlage Preußens als verzweifelt. Er schlug vor, den bereits erhobenen Zuschlag zur Vermögenssteuer noch einmal zu erheben, um einigen Ausgleich für die neue Ausgabe zu schaffen.

Beamte im Ruhestand und Hinterbliebene von Beamten sollen im Falle des Bedürfnisses einmalige Beschaffungsbeihilfen ohne neuen Antrag oder neuen Bedürfnisnachweis erhalten. Von allen Rednern aus dem Ausschuß wurde das

Erstaunen und Befremden über die Haltung der Reichsregierung

ausgesprochen. Noch am 9. Juli habe der Finanzminister auf mündliche und schriftliche Mitteilungen der Reichsregierung hin erklärt, daß es mit den einmaligen Teuerungszulagen ein Ende haben müsse. Dabei sei den Beamtenvertretern in Weimar schon deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß auch die neue Forderung bewilligt werde. Die sozialdemokratischen Redner machten besonders darauf aufmerksam, daß es unmöglich sei, den Beamten die Zulagen zu bewilligen, ohne gleichzeitig den Staatsarbeitern neue Zulagen in irgend einer angemessenen Höhe zu geben. Seitens der Bergarbeitervertreter aus den Reihen der Sozialdemokratie und des Zentrums wurde über die ungeheure Aufregung im Ruhrrevier berichtet. Die Bergarbeiter schafften wieder, was nur irgend in ihren Kräften stünde. Die Produktionshöhe von 1917 sei bereits wieder erreicht. Aber wenn jetzt die Bergarbeiter sähen, daß andere bei leichterer Arbeit besser bezahlt würden, dann würden sie selbstverständlich neue hohe Forderungen stellen, und kein Gerechtdenkender dürfe ihnen entgegentreten.

Die Reichsregierung sei jämmerlich mutlos,

daß sie diese neue Krise eröffnet hätte. Nicht bloß die Beamten und Beamtenkinder, auch die Bergarbeiter und Bergarbeiterkinder hätten nichts anzuziehen. Es käme jetzt gar nicht darauf an, Stimmenfang zu treiben, indem man im Parlament Forderungen auf einmalige Zulagen bald für diese bald für jene Schicht stelle oder bewillige, sondern es komme darauf an, nicht neue Unordnung in die deutsche Wirtschaft zu bringen und nicht die vor den Kopf zu stoßen, von deren Arbeit das Leben der Nation jetzt abhänge. Man könne nicht gleichzeitig den Staatsbeamten neues Entgegenkommen zeigen und

die vielen Müssiggänger

weiter herumlaufen lassen und dabei von Wiedereinführung der Akkordarbeit, Arbeitspflicht und Abbau der Arbeitslosenunterstützung sprechen. Der Reichswirtschaftsminister müßte die entscheidende Stimme haben, und nicht immer wieder ein Abweichen von der graden Linie der deutschen Lebensmöglichkeit dulden.

Im übrigen war man sich aber darüber einig, daß die Zulage jetzt bewilligt werden müsse, und zwar möglichst allgemein. Die Abstimmung wurde verschoben.

Diktatur?

„Einer mit den nötigen Vollmachten!"

Der Berner Korrespondent eines französisches Blattes hat eine Reihe deutscher Industrieller über die Möglichkeit einer Diktatur in Deutschland befragt. Die Antworten hätten ihm gezeigt, daß seine Umfrage eine Aktualität besitze, die er selbst nicht einmal vorausgesetzt habe. Er habe einige Großindustrielle befragt, die 20 000 bis 30 000 Arbeiter beschäftigen, und sie hätten trotz aller Vorbehalte klar und deutlich gesagt, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr lange werde bestehen können. Auch alle Änderungen, die innerhalb der Regierung vorgenommen würden, könnten daran nichts ändern. Die sozialdemokratische Partei hätte jeden politischen Einfluß verloren. Die derzeitigen Minister seien zwar arbeitsam und gewissenhaft, aber sie seien unfähig zu regieren. Als sie in diesem Tone weitersprachen, sagte der Korrespondent: „Sie denken also an Hindenburg?" — „Warum nicht?" war die Antwort. „Er oder ein anderer, der die nötigen Vollmachten hat." Auf die Frage, was denn aus den Errungenschaften der Revolution werden sollte, sagten die Herren, da müsse man sehr unterscheiden. An einige dieser Errungenschaften, z. B. am gleichen Wahlrecht, halte das Volk unter allen Umständen fest. Dagegen seien einige andere dieser sogenannten „Errungenschaften" dem Volke in seiner großen Masse gleichgültig. Seien Sie überzeugt, so hätten ihm die Befragten erklärt, daß die Leute, die dem Volke morgen sagen werden, daß sie die Ordnung um jeden Preis und die Freiheit aufrechterhalten wollen, die ferner dem Volke freimütig eingestehen werden, daß die Sozialisierung heute doch nur ein Köder für die Dummen ist, weil es gar nichts zu sozialisieren gibt, und die auch dem Volke die Freiheit garantieren und den Mut haben werden, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um ihre Versprechungen einzulösen — seien Sie überzeugt, daß diese Leute die ungeheure Mehrheit des Landes hinter sich haben."

Der Korrespondent meinte, das wäre also die monarchistische Restauration, worauf ihm geantwortet wurde: „Das doch nicht, in jedem Falle nicht zugunsten der Hohenzollern." Auf die weitere Frage des Korrespondenten, wie man sich unter diesen Umständen alle die sozialen Gesetze, die von der Nationalversammlung so fieberhaft ausgearbeitet werden, erklären soll, wenn das die öffentliche Meinung in Deutschland sei, antwortete man: „Das Parlament und das Ministerium sind in sozialen Dingen kühn gewesen aus Furcht vor den folgenden Tagen. Sie weichen aber vor jeder gewaltsam vorgebrachten Forderung der allerkleinsten Minderheit zurück, und so kommen sie von einer Konzession zur anderen überhaupt nicht daran, zu regieren."

Scheidemann gegen Noske.

Oberst Reinhardts Entfernung gefordert.

Der aus dem Schweizer Urlaub heimgekehrte ehemalige Ministerpräsident Scheidemann sprach in Kassel vor mehr als 10 000 Personen über die augenblickliche Lage. Er habe freiwillig auf sein Amt als Präsident des Reichsministeriums verzichtet, weil wegen der Unterzeichnung des Friedens ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen waren. Vielleicht hätten einige Wochen der Weigerung genügt, um eine gründliche Revision des Friedensvertrages herbeizuführen. Die Regierung setze sich nunmehr nur noch aus Zentrumsleuten und Sozialdemokraten zusammen. Diese Parteikonstellation halte er weder für klug noch für dauerhaft. Vor allen Dingen habe er gefunden, daß die monarchistische Bewegung außerordentlich lebhaft sei und auch im Volke ziemlich große Stützpunkte finde. Eine monarchistische Erhebung würde ebenso den Bürgerkrieg bedeuten, wie etwa ein vollkommenes Rätesystem, das dann kommen würde, wenn die Unabhängigen und Kommunisten die Mehrheit erreichten. Die monarchistische Gefahr scheine ihm aber doch die schwierigere und bedenklichere. Der Oberst Reinhardt, der vielfach leider mit dem loyalen Kriegsminister Oberst Reinhardt verwechselt wird, hat unsere jetzige Regierung als Gesindel, Erzberger als Lump bezeichnet, und weiter gesagt, im Augenblick sei an die Wiedererrichtung der Monarchie nicht zu denken. Daß ein solcher Mann bis zum heutigen Tage sein Kommando führt, beleuchtet blitzartig die Situation, die unerträglich ist. Hat die Regierung nicht die Macht, diesen Mann von seinem Posten zu entfernen? Dann wäre tatsächlich Herr Reinhardt der Noske, der über die militärische Macht verfügt, Noske aber nur der Inhaber einer papierenen Vollmacht!

Scheidemann schloß mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres Volkes, die, so glaubt er, sicher durch die Partei der alten Sozialdemokratie erreicht werden wird, nur unter ihr sei eine Einigkeit möglich.

Eine Enthüllung.

Als einige Unabhängige nach Schluß der Rede gegen Scheidemann auftraten, nahm er nochmals das Wort und führte aus: Im November 1914, also im vierten Monat des Krieges, waren Haase und ich beim Reichskanzler von Bethmann Hollweg, um ihm eine Friedenskundgebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Dezember-Tagung des Reichstages anzukündigen. Vor aller Welt will ich hier zum erstenmal und mit vollem Bewußtsein der ungeheuren Verantwortung sagen, was Bethmann Hollweg dem Abgeordneten Haase und mir damals geantwortet hat. Er sagte nach unserer Mitteilung über den beabsichtigten Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgendes:

„Meine Herren! Ich bitte Sie dringend, tun Sie das jetzt nicht in der Öffentlichkeit. Sie können sich darauf verlassen, daß eine solche Kundgebung jetzt nur den Kriegswillen unserer Gegner steigern wird, denn nach zuverlässigen Meldungen aus dem Auslande ist man dort heute schon allgemein der Auffassung, daß

Deutschland am Ende seiner Kraft sei. Wenn es Ihnen gelingen sollte, mit den Sozialisten Englands und Frankreichs für den Frieden zu wirken, so tun Sie das."

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich unablässig bemüht, schloß Scheidemann, mit den Sozialisten der feindlichen Länder in Fühlung zu treten, und erklärte, daß alle Versuche an der ablehnenden Haltung der Engländer und Franzosen gescheitert sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Die Neuordnung im Reichswehrministerium.** Mit dem 1. Oktober hören bekanntlich die Kriegsministerien der Bundesstaaten auf zu bestehen und werden im Reichswehrministerium zu einer einzigen Befehlsstelle zusammengefaßt. Dadurch wird eine Neuordnung des Reichswehrministeriums bedingt; dieses wird künftighin in zwei Teile zerfallen; einen für die Landmacht und einen für die Marine. An die Spitze der Abteilung für die Landmacht wird voraussichtlich der bisherige preußische Kriegsminister Reinhardt treten, der damit natürlich aus dem preußischen Staatsministerium ausscheiden würde.

✚ **Übereilte Abschaffung der Wehrpflicht?** Generalmajor z. D. v. Wrisberg, der langjährige Abteilungsdirigent im preußischen Kriegsministerium, erhebt gegen die Reichsregierung und insbesondere gegen den Reichsminister Erzberger den Vorwurf, daß sie entgegen dem Gutachten des Kriegsministers Reinhardt, des Generals von Seeckt und Wrisbergs sich mit einer Heeresstärke von 100 000 Mann ohne weiteres einverstanden erklärt hätten. Bei der entscheidenden Abstimmung sei keiner der drei genannten Sachverständigen hinzugezogen worden. General v. Wrisberg erklärt, der Versuch, eine höhere Heeresstärke zu bekommen, sei aussichtslos gewesen. Ob das zutrifft, so schreibt ein Berliner Blatt, wissen wir nicht, dagegen haben wir immer darauf hingewiesen, daß die französischen Sachverständigen, vor allem Foch, geneigt gewesen sind, auf die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zu verzichten, in der sehr richtigen Erkenntnis, daß damit der Anfang mit der Entwaffnung des Kontinents gemacht werde, in einer Zeit, in der die angelsächsischen Mächte auf dem ihnen genehmen Rüstungsgebiet, dem der Marine, ihre Machtmittel ständig verstärken.

✚ **Anschlag auf eine Reichswehrkaserne in München.** Im Hofe der Türkenkaserne in München ging plötzlich ein Schuß aus einem dortstehenden Geschütz los. Man nahm anfangs an, daß es sich um eine Unvorsichtigkeit seitens der Soldaten handelte. Es hat sich aber nunmehr herausgestellt, daß ein Anschlag auf die Kaserne geplant war. Der Schuß sollte die Munitionsvorräte treffen und hätte, wenn er sein Ziel erreichte, die Kaserne vernichtet. Es scheint, daß der Bursche, der den Schuß feuerte, sich nur zum Zwecke dieses Anschlages in die Reichswehr anwerben ließ. Seine Verhaftung erfolgte sofort. Dem Schuß fiel ein Artillerist zum Opfer.

✚ **Schiebungen französischer Offiziere im Rheinland.** Wie aus dem besetzten Gebiet gemeldet wird, sind in letzter Zeit mehrere französische Offiziere, darunter auch ein Sohn des Generals Andlauer nach Frankreich zurückgeschickt worden und zwar wegen allzu intensiver Beteiligung am Schieberhandel, der ja bekanntlich in voller Blüte steht. Besonders in Fett und Seife wurde nach dem rechten Rheinufer geschoben. Beteiligt war auch der Seifenfabrikant Kirchner, der verhaftet und nach Mainz zur Aburteilung gebracht wurde. Es heißt übrigens, daß die Untersuchung nach weiteren Teilhabern im französischen Offizierkorps eingestellt wurde, weil sie in zu hohe Kreise hinaufführte.

✚ **Schüsse auf die Ententekommission.** Die in Oberschlesien nach dem Schloß Klein-Gorschütz übergesiedelte Ententekommission wurde in der Nähe des Schlosses von polnischen Banden jenseits der Grenze beschossen. Es wurde jedoch niemand verletzt. Ferner griffen Banden Ubilsko an. Sie wurden durch Feuer vertrieben.

✚ **Gereizte Stimmung im Elsaß.** Unter der Arbeiterschaft im Oberelsaß herrscht fortgesetzt eine Gärungs- und Aufruhrstimmung. In Mülhausen, in Altkirch und Gebweiler fanden Massendemonstrationen der Arbeiter infolge der Teuerung statt. Die Franzosen haben in sämtlichen oberelsässischen Industrieorten ihre Truppenzahl verdoppelt. Die Straßenbahner von Mülhausen stellten an die Stadtverwaltung ein Ultimatum, daß sie die Arbeit niederlegen, wenn sie von diesem Tage an nicht die 50 % Lohnerhöhung erhalten.

✚ **Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich** wird aus Paris gemeldet, daß die Besprechungen, die in Versailles zwischen Silberschmidt für Deutschland und Loucheur für Frankreich über den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden stattgefunden, zu einem Übereinkommen über zwei wichtige Punkte geführt hätten. 1. Es kommen die deutschen Arbeiter nicht als Arbeitsbataillone nach Frankreich, sondern als freie Arbeiter mit einem Vertrage und nach deutschen Sitten. 2. Die Wiederaufbauarbeiten werden der deutschen Regierung anvertraut, und diese darf, wenn sie es für gut befindet, mit Unternehmern verhandeln.

Italien.

× **Italienische Beschuldigungen gegen die Serben.** Italienischen Blättern zufolge soll der in Albanien ausgebrochene Aufstand gegen Italien ein Werk der Belgrader Regierung sein, die die Albanier mit Waffen und Munition ausgestattet habe. Die Häuptlinge der aufrührerischen Stämme seien mit Geld für die Belgrader Regierung gewonnen worden. Seit Wochen hätten serbische Emissäre Albanien durchzogen. Die Pariser Konferenz werde sich ernstlich mit diesen Ereignissen beschäftigen müssen, da Serbien scheinbar eine Fortsetzung seines alten Systems beabsichtige und den Balkan zu einem neuen Herd von Unruhen und Konflikten machen wolle.

Rumänien.

× **100 000 Personen verschleppt.** Meldungen, die über Paris kommen, besagen, daß laut dort eingetroffenen Privatnachrichten über 100 000 Personen, hauptsächlich Juden, von den Rumänen aus den Gebieten, über deren Staatszugehörigkeit mit Ungarn eine Einigkeit nicht zu erzielen war, vertrieben wurden. Die Rumänen sind der Ansicht, daß diese Juden im Falle einer Volksabstimmung jede andere Regierung einer rumänischen Herrschaft vorziehen würden.

Amerika.

× **Geplantes Attentat gegen Wilson.** In St. Louis ist der frühere Flieger, Kapitänleutnant Wicka, unter der Anklage verhaftet worden, Präsident Wilson ermorden zu wollen. Wicka soll sich geäußert haben, daß der Name des Mannes, der Wilson umbringe, der Geschichte angehöre, und daß er dieser Mann sei.

Bismarcks Rückversicherungsvertrag.

Deutsch-russische Abmachungen.

Der Inhalt des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags vom 18. Juni 1887 war der Welt bisher nur aus einer Mitteilung der Hamburger Nachrichten vom 24. Oktober 1896 bekannt, die vom Fürsten Bismarck selbst herrührte. Bei dem großen Interesse, das dieser Vertrag für jeden bietet, der sich mit der politischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte beschäftigt, wird nun sein Wortlaut nicht länger der Öffentlichkeit vorenthalten werden. In seinen Hauptartikeln bestimmte der Vertrag folgendes:

Für den Fall, daß einer der hohen vertragschließenden Teile sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden sollte, wird der andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und seine Sorge darauf richten, den Streit zu lokalisieren. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Österreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff eines der hohen vertragschließenden Teile gegen eine dieser beiden Mächte hervorgerufen ist.

Deutschland erkennt die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkan-Halbinsel an und insbesondere die Rechtmäßigkeit seines vorwiegenden und entscheidenen Einflusses in Bulgarien und Ost-Rumelien. Die beiden Höfe verpflichten sich, keine Änderung des territorialen status quo der genannten Halbinsel ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und sich gegebenenfalls jedem Versuch, diesem status quo Abbruch zu tun oder ihn ohne ihr Einverständnis abzuändern, zu widersetzen.

Die beiden Höfe erkennen den europäischen und gegenseitig bindenden Charakter des Grundsatzes der Schließung der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen an, der begründet ist auf dem Völkerrecht, bestätigt durch die Verträge und zusammengefaßt in der Erklärung des zweiten Bevollmächtigten Rußlands in der Sitzung des Berliner Kongresses vom 12. Juli. Sie werden gemeinsam darüber wachen, daß die Türkei keine Ausnahmen von dieser Regel zugunsten der Interessen irgend einer Regierung dadurch macht, daß sie den Teil ihres Reiches, den die Meerengen bilden, für militärische Operationen einer kriegführenden Macht hergibt. Im Falle einer Verletzung oder um einer etwa drohenden Verletzung vorzubeugen, werden die beiden Höfe der Türkei erklären, daß sie eintretendenfalls sie als im Kriegszustande gegenüber dem verletzten Teile befindlich und die ihrem territorialen Status quo im Berliner Vertrag verbürgte Sicherheit als verwirkt ansehen werden.

In einem besonderen geheimen Zusatzprotokoll verpflichtet sich Deutschland in Bezug auf Konstantinopel durch folgenden Satz: „Für den Fall, daß der Kaiser von Rußland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Rußlands selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zugangs zum Schwarzen Meere zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Maßnahmen, die Seine Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen." — Dieser hervorragendste Vertrag Bismarckscher Staatskunst, der uns im Osten völlig freie Hand sicherte, wurde leider von dem Nachfolger des großen Kanzlers nicht erneuert, da er ihn für „nicht mehr nötig" hielt. Durch die Nichterneuerung wurde Rußland geradezu in die Arme der Entente hineingedrängt.

Doppelt soviel Düngemittel als im Frieden!

Zur Kohlenversorgung der Düngerindustrie.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben ausgeführt, daß allein eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu einer durchgreifenden Verbesserung der Volksernährung und damit zu einer Hebung der gesamten Wirtschaftslage führen könne, daß dieses aber auch ohne weiteres und sofort möglich sei, wenn die zur Erreichung des Zieles erforderlichen Maßregeln ergriffen und zielbewußt durchgeführt würden. Als dringendste und wirksamste Maßregel bezeichnet der Minister die vermehrte Kunstdüngerzufuhr; er hält es für möglich, die der Landwirtschaft im Frieden zugeführten Stickstoff- und Kalimengen zu verdoppeln und an phosphorsäurehaltigem Dünger wenigstens soviel zu beschaffen, daß die Wirksamkeit der beiden erstgenannten Pflanzennährstoffe gewährleistet wird.

Nach sachverständigem Urteil könne durch die vorgeschlagene Steigerung der Kunstdüngerzufuhr mit Bestimmtheit auf eine derartige Erhöhung der Ernteerträge gerechnet werden, daß über den Bedarf an Getreide und sonstigen Erzeugnissen des Ackerbaues für die unmittelbar menschliche Ernährung hinaus noch die zum raschen Wiederaufbau des Viehbestandes insonderheit der Schweinehaltung erforderlichen Kraftfuttermengen aus der eigenen Ernte bestritten würden. Die Frage der Kunstdüngerversorgung sei aber in erster Linie eine Kohlenfrage. Da eine hinreichende Versorgung der Düngerindustrie mit Kohlen angeblich trotz der gebundenen Kohlenwirtschaft möglich sein soll, hat der Landwirtschaftsminister beim Reichswirtschaftsministerium die Erteilung eines entsprechenden Auftrags an den Reichskohlenkommissar in Anregung gebracht. Die augenblickliche monatliche Förderung von Steinkohlen beträgt rund 7 000 000 Tonnen (ohne Saarrevier), die Kokserzeugung rund 1 400 000 Tonnen, der monatliche Gesamtbedarf der Stickstoff-, Phosphat- und Kali-Industrie berechnet sich auf 140 000 Tonnen Steinkohlen und 71 000 Tonnen Koks; das sind 2 % bzw. 5 % der gegenwärtigen Steinkohlen- und Kokserzeugung.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 15. September.

□ **Freier Fischhandel mit den Niederlanden.** Leider sind die Verhandlungen mit den holländischen Fischereidampferreedern gescheitert, da infolge des Kohlenmangels sich kein Weg gefunden hat, diese zu veranlassen, mit Frischfischladungen auf deutsche Häfen zu fahren. Aus diesem Grunde ist man jetzt dazu übergegangen, den freien Handel mit frischen Fischen gegenüber Holland unter gewissen Bedingungen zu gestatten. Jeder deutsche Fischhändler darf mit den holländischen Exporteuren in Verbindung treten, um dort frische Fische zu beziehen. Der holländische Exporteur dagegen ist verpflichtet, die Rechnung für diese Fische, deren Preise durch die Reichsfischversorgung G. m. b. H. festgesetzt werden, bei der holländischen Vertretung dieser Gesellschaft im Ymuiden einzureichen. Die Bezahlung erfolgt unter Kontrolle der Reichsfischversorgung G. m. b. H. Differenzen zwischen dem holländischen Ablader und dem deutschen Empfänger sind zwischen diesen beiden auszutragen. Es stellt dieser neue Weg, um die holländische Fischzufuhr für den deutschen Markt möglich zu machen, einen Versuch dar, der wieder eingestellt werden muß, wenn sich Unzuträglichkeiten herausstellen sollten.

—* **Zinsscheine der Reichskriegsanleihe** werden von den Postanstalten bereits vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab eingelöst.

—* Vom Reichs-Kursbuch erscheint Anfang Oktober eine neue Ausgabe zum Preise von 8 Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung

Revalinnen.

Novelle von Rudolf Elche.

19 Nachdruck verboten.

„Er weiß, daß ich jeden Heller verliere, und er ist ebenso arm wie ich sein werde."

„Nein, ich kann es nicht glauben," rief Braun, erregt im Zimmer hin und her laufend, „obgleich man ja als Jurist oft noch merkwürdigeren Dingen begegnet. Eine Hütte und ein Herz in Ihren Jah . . — bitte tausendmal um Entschuldigung — bei Ihren früheren Erfahrungen. Na, ich begreife es nicht. Ich wollte aber, Sie hätten mir nichts davon gesagt, denn wenn ich Ihnen zurede, ist es Ihr Ruin, und wenn ich Ihnen abrede, hält mich die Welt für einen Narren oder Heuchler. Ich bitte Sie jedoch, meine werte Freundin, ehe Sie die Tor . . . ehe Sie den Schritt tun, wenden Sie sich an Herrn Hempel und fragen Sie den um Rat."

„Herr Braun, ich werde mich weder an Herrn Hempel wenden, noch werden Sie in die unangenehme Lage geraten, für einen Heuchler gehalten zu werden," sagte Natalie ruhig und sich zum Gehen anschickend. „In meinen Jahren, wie Sie vorhin ganz richtig bemerken wollten, weiß eine Frau schon selbst, was sie will."

„Und darf ich des Glücklichen Namen wissen?"

„Ja," sagte Natalie stolz, „es ist ferner kein Geheimnis mehr. Er heißt Hans Faller und ist der Neffe meines verstorbenen Gatten. Sie haben ihn ja bei der Testamentseröffnung gesehen."

„Hans Faller?" schrie der Advokat, „Hans Faller? Nun dann ist ja alles gut, und ich kann Ihnen von ganzem Herzen gratulieren. Nein, das freut mich mehr, als seien mir zwanzig Güter zugefallen," und er ergriff die Hand der erstaunten Frau und schüttelte sie herzlich.

Der Umschwung in des Notars Benehmen vom eifrigsten Protest zur herzlichen Beglückwünschung war so plötzlich, daß Natalie ganz stutzig wurde.

„Daß Sie sich über meine Verheiratung freuen können, begreife ich," sagte sie, ihn fragend ansehend, „nur ist es mir ein wenig unverständlich, was Hans Faller mit Ihrer Freude zu tun hat."

„Nun, da doch die Katze aus dem Sack muß, so kann es auch gleich geschehen."

„Hat Herr Faller Ihnen denn selbst noch nichts davon gesagt? Dann freue ich mich, daß ich der erste bin, welcher Sie mit der freudigen Botschaft überrascht. Doch setzen Sie sich erst wieder, meine werte Freundin, und hören Sie. Nicht ich, sondern Hans Faller, der Neffe des Verstorbenen, ist der Erbe, wenn Sie der Erbschaft verlustig gehen. Ich war ja nur der Strohmann."

„Was sagen Sie? Bitte, erklären Sie sich deutlicher," sagte Natalie und lehnte sich gegen den Stuhl, welchen ihr der Notar hinschob.

„Die Sache sehr einfach und rasch erklärt. Pitter Faller war ein Mann von höchster Vorsicht und Schlauheit, dem die Frage, wer einmal nach ihm sein Gut besitzen solle, sehr am Herzen lag. Er wollte seiner Frau das erste Anrecht auf das Erbe nicht entziehen, aber er wollte es auch verhindern, daß auf Fallershof ein Fremder sich ins warme Nest setze. Das Gut sollte, falls Sie Ihre Freiheit opferten, in jedem Falle auf Hans Faller, den letzten Abkömmling seiner Familie, übergehen. Der alte Praktikus traf deshalb folgende Verfügung. Er deponierte bei mir ein rechtsgültiges Testament, dasselbe, welches ich in legaler Weise eröffnete. Darin war Ihnen, wie bekannt, das ganze Erbe zugeschrieben, mit der Verfügung, daß, wenn Sie den Hof nicht elf Monate im Jahre bewohnten oder wenn Sie sich verheirateten oder stürben, das Gut samt Inventar an mich überginge. Punktum!"

„Nun also?" warf hier die erregte Witwe ein, „wo ist denn hier von Hans Faller die Rede?"

„Geduld, Geduld! Jetzt kommt ja der schlaue Schachzug. Außer diesem Testament hat Pitter Faller nämlich ein späteres Testament aufgesetzt und bei Hempel in Köln deponiert, welches die Bestimmungen der ersten Verfügung wesentlich verändert. In dieser letztwilligen Verfügung bestimmt er, daß wenn Sie sich des Rechtes auf die Erbschaft begeben oder sterben, dieselbe nicht mir, sondern Hans Faller ganz und ohne jede Beschränkung zufalle und daß ich und mein Kollege Hempel in Köln als die Vollstrecker dieses letzten Willens ernannt seien. Das erste Testament ist somit in das zweite eingeschachtelt, verstehen Sie? In einem Nachsatz des ersten Testaments, den ich nicht verlas, weil er nur mich und Hempel angeht, ist bereits das Vorhandensein der zweiten Verfügung erwähnt. Nun liegt die Sache so! Wäre nach den Bestimmungen des ersten Testaments das Gut mir zugefallen, dann — und nur in diesem Falle — wäre Notar Hempel in Köln aufgestanden und hätte gesagt: „Halt! Es besteht ein zweites Testament" und hätte alle Rechte für Hans Faller, den gesetzmäßigen Erben von Fallershof, gewahrt. Begreifen Sie nun, daß ich der Strohmann war? Nunmehr ist alles in Ordnung, und Hans Faller wird mit Ihnen gemeinsam in den Genuß der Erbschaft kommen."

Natalie fühlte, daß sie erbleichte, obgleich sie sich im ersten Moment keine Rechenschaft darüber geben konnte.

„Sagen Sie mir," rief sie aus, „sagen Sie mir um Gottes willen, ob Hans — ob Herr Faller darum gewußt hat — ja, ob er nur eine Ahnung davon haben konnte. Vorhin fragten Sie, ob er es mir nicht schon gesagt — Sie wußten also, daß er darum weiß?"

Ihre Aufregung erschien dem Advokaten ganz natürlich, es wäre ja auch seltsam, wenn die praktische Frau nicht in Extase geraten würde bei der Eröffnung, daß sie ihrer Neigung folgen und doch im Besitz des Vermögens bleiben könne, welches sie schon verloren gab.

„Sie sehen, Frau Faller, ich bin nicht nur ein ehrlicher Notar," sagte Braun, sich vergnügt die Hände reibend, „sondern auch noch obendrein ein äußerst geschickter Heiratsvermittler, und ehe Sie gehen, werden Sie mir noch Dank sagen. Nein, unser Freund Hans hat die Testamentsklausel keineswegs gesehen, denn auch Ihnen würde ich nichts davon gesagt haben, ehe alles klipp und klar war, aber man kann ja einen Hund noch auf andere Weise töten, als daß man ihn aufhängt. Herr Hans Faller ist durchaus nicht auf den Kopf gefallen, und ich darf wohl annehmen, daß er die Winke, welche ich ihm am Tage der Testaments-Eröffnung gab, verstanden hat. Deutlicher durfte ich mich unter den Umständen nicht gegen ihn ausdrücken, und ich freue mich nicht nur, daß meine ausgestreute Saat auf fruchtbaren Boden fiel, sondern auch, daß sich die Affäre für beide Teile so günstig arrangiert hat."

„Sie sind also der Ansicht," sagte Natalie mit seltsam vibrierender Stimme, welche fast heiser klang, „daß Herr Faller dieser Geschichte nicht so unwissend, wie ich, gegenüberstand?"

„Gewiß bin ich der Ansicht, denn ein Mann wäre ja mehr wie ein Egoist, der gestatten würde, daß sich eine Frau aus Liebe zu ihm ruiniert. Nein, für so selbstsüchtig halte ich Hans Faller nicht, denn wenn er es wäre, könnte ich Ihnen nur raten, ihm die Tür zu weisen, das sage ich."

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Österreichische Zensuranekdoten. Ein interessantes Büchlein hat Dr. Friedrich Hirth erscheinen lassen. Es führt den Titel „Zensuranekdoten" und enthält eine Fülle amüsanter Geschichten, die besonders die vormärzliche österreichische Zensur im schönsten Lichte erscheinen lassen. Hier einige Pröbchen: In einem „historischen Rückblick" auf die Kriege Napoleons I. hieß es: „Die Österreicher wichen zurück." Dieser Satz wurde gestrichen und dafür gesetzt: „Die Franzosen rückten vor." In einer Erzählung für Kinder wurde von einem Mädchen gesagt: „Es hatte einen üppigen Haarwuchs." Das wurde als zu schlüpfrig umgeändert in: „Es hatte einen Haarwuchs." In einem Schulbuche hieß es: „Die Kosaken ritten auf kleinen Pferden." Dem Zensor erschien die Bezeichnung „klein" als mit der Würde des Zaren unvereinbar; er strich daher das Wort und es war in dem Buche fortan zu lesen: „Die Kosaken ritten auf Pferden." Die Aufführung von „Don Carlos" war lange verboten, und als die Theaterleitung um die Erlaubnis, das Drama aufzuführen, einkam, wurde die Aufführung an die Bedingung geknüpft, daß der Prinz nicht in seine Stiefmutter verliebt sein dürfe . . . In einem Lustspiel von Castelli hatte ein alter Herr zu sagen: „Ihr Busen ist weich und üppig." Der Zensor strich diese Busenschilderung und setzte dafür: „Sie ist vorne sehr schön gebaut." In einem Drama von Mosenthal sollte der Teufel in roten Hosen erscheinen; die Zensur verwandelte sie in grüne. Als der Dichter den Zensor nach der Ursache dieses Farbenwechsels fragte, erhielt er den Bescheid: „Ja, wissen Sie denn nicht, daß die österreichischen Generale rote Hosen tragen?" Als Deinhardtstein zum erstenmal Szenen aus Goethes „Faust" aufführte, mußte er in den Versen: „Bin gescheiter als alle die Laffen, Doktoren, Magister, Schreiber und Pfaffen" die Laffen in „Tröpfe", die Pfaffen in „Köpfe" verwandeln.

Der Steuerzettel an der Theaterkasse. In Berlin beginnt demnächst die im Frühjahr begründete „Soziale Bühne ihre künstlerische Tätigkeit. Sie verspricht allerhand ungewöhnliche Reformen auf dem Gebiet des Theaterwesens und als eine der wesentlichsten die Abstufung der Eintrittspreise nach der Steuerkraft der Theaterbesucher. Nach einem besonderen, von einem Volkswirtschaftler aufgestellten System haben alle Besucher mit einem Jahreseinkommen von nachweislich unter 5000 Mark das Recht, auf den verschiedenen Plätzen nur die Hälfte der festgesetzten Preise zu zahlen. Noch bleibt das Wort „nachweislich". Der glaubwürdige Nachweis dafür, daß man jährlich weniger als 5000 Mark verdient, kann man ja wohl nur durch Vorzeigung des Steuerzettels erbringen, und so wird der Theaterkassierer zu einer Art Beichtvater werden, dem man seine intimsten Vermögensverhältnisse anvertrauen muß. Wenn er dann nur nicht aus der Schule plaudert!

Liebesgabenschwindler. Von amtlichen Stellen wird sehr viel über Schwindler geklagt, die angeben, aus der Kriegsgefangenschaft entflohen zu sein. Es ist verhältnismäßig leicht, diese Leute zu entlarven, da sie sich sehr leicht in Widersprüche verwickeln. Schwerer ist es, denjenigen das Handwerk zu legen, die sich an heimgekehrte Kriegsgefangene heranmachen und ihnen für schweres Geld ihre Papiere abkaufen. Sie wollen damit Anzüge, Nahrungsmittel und Liebesgaben erschwindeln, mit denen sie dann ein sehr gutes Geschäft machen.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Ausverkauf der Kriegsgesellschaften.** Von der Reichsregierung ist beschlossen worden, den Kriegsgesellschaften, um ihre beschleunigte Liquidation zu fördern, mit sofortiger Wirkung jeden weiteren Wareneinkauf zu verbieten. Ausnahmen kann der Reichsfinanzminister zulassen. Die Kriegsgesellschaften verfügen in Summa noch über Bestände an Rohstoffen usw. im Betrage von 2,3 Milliarden Mark. Da diese Bestände zum großen Teile sehr teuer eingekauft sind und jetzt die Preise zu sinken beginnen, wächst mit der Hinauszögerung des Abstoßens der Bestände die Gefahr der Verluste, für die dann das Reich aufzukommen hätte.

* **Deutsch-finnische Warenmusterausstellung in Helsingfors.** Da das Reisen ins Ausland zurzeit noch mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, sind die deutschen Kaufleute augenblicklich nicht in der Lage, in nennenswertem Umfang Reisen nach Finnland, wo man mit Deutschland gern wieder in geschäftliche Beziehungen treten möchte, zu unternehmen, ebenso wenig die finnischen Geschäftsleute zu uns kommen können. Mit Rücksicht hierauf soll Mitte Oktober in Finnlands Hauptstadt Helsingfors eine Ausstellung deutscher Preisverzeichnisse und zugänglicher Warenmuster veranstaltet werden, ohne daß den Ausstellern hieraus irgend welche Kosten erwachsen. Alle Interessenten, in erster Linie Kaufleute und Industrielle auf dem Gebiet der Rohstoffe, können ihre Preisverzeichnisse unter der Adresse „Oberkontrolleur Lauri Mäkinen, Helsingfors" einsenden.

* **Freie Einfuhr von Hülsenfrüchten.** Der Reichswirtschaftsminister hat durch eine Verordnung alle Einfuhrbeschränkungen für Hülsenfrüchte (Erbsen einschließlich Peluschken, Bohnen, einschließlich Ackerbohnen und Linsen) sowie alle Produkte und Abfälle daraus, welche durch Vermahlen, Schälen oder Schroten gewonnen werden, ferner für Reis, Reisabfälle sowie Mischungen von Reis und Reisabfällen mit anderen Erzeugnissen, endlich Kakaobohnen (roh oder geröstet) aufgehoben. Es ist daher für die genannten Waren keine Einfuhrbewilligung mehr notwendig und es tritt keine Beschlagnahme oder Ablieferungsverpflichtung hinsichtlich der eingeführten Waren mehr ein. Weitere Erleichterungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrvorschriften werden folgen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Im Münchener Geiselmordprozeß trat eine sensationelle Wendung ein. Der Zeuge Seyler, Offizier im Kriege und dann Adjutant beim Roten Oberkommando in München, bezweifelt die Echtheit der Unterschrift Eglhofers, des Oberkommandanten, unter dem bekannten Befehl zur Erschießung der Geiseln. Dieser Befehl ist, wie der Vorsitzende feststellt, vernichtet worden. Bei den Akten liegt nur ein zweites Schriftstück, die bekannte Resolution des 1. Infanterie-Regiments, die eine Erschießung der Geiseln fordert und den bekannten Vermerk Eglhofers trägt: „Bin mit einverstanden. Eglhofer." sowie den Nachsatz: „Sucht euch nur die Feinsten heraus." Unter allgemeiner Erregung stellt der Zeuge Seyler fest, daß diese Unterschrift gefälscht ist. — Daraus ergibt sich die wichtige Frage im Prozeß, wer die Fälschungen begangen hat.

Schriftleitung Wilhelm Bell, Halver.

Amt Halver.

Brennholzversorgung.

Die Wahrnehmung, daß sowohl in den holzerzeugenden als auch in den holzverbrauchenden Kreisen vielfach Zweifel darüber herrschen, welcher Holzpreis gegenüber den Erzeugungskosten angemessen erscheint, hat mich veranlaßt, den auf dem Gebiete bewanderten Gutsbesitzer W. Lausberg in Obern-Vahlefeld um ein Gutachten über die Preisfrage zu bitten. Herr Lausberg hat mir daraufhin das folgende Gutachten zur Verfügung gestellt;

„Nach unserer neulichen Besprechung über angemessene Preise von Brennholz und dessen Selbstkosten für den Waldbesitzer habe ich an meinen eigenen Brennholzbestandsflächen, deren Bestandsalter ich nach meiner eigenen Erinnerung wenigstens ungefähr kenne, festgestellt, daß bei 50 bis 60 jährigen im Mittel etwa 55 jährigen Bestande heute mit einer aufstehenden Derbholzmasse (Stammholz) von etwa 25 Raummeter oder 250 Zentner pro Morgen gerechnet werden kann. Dazu kommt dann noch das abfallende minderwertige Reiserholz, Zweige und Zopf von weniger als 4 Zentimeter stärkstem Durchmesser. Legt man nun für Waldboden einen Bodenwert von 75 Mark pro Morgen als Anlagekapital für eine vierprozentige Verzinsung zu Grunde — in dieser Höhe sind diese Grundstücke bisher zur Vermögenssteuer versteuert und die darauf lastenden Hypotheken mindestens verzinst — so ergibt sich für den Morgen 55 jährigen Bestand einschließlich des Bodenwertes ein Sollwert oder Selbstkostenpreis von 650 Mark. Rechnet man hiervon ab den dem Besitzer verbleibenden Bodenwert von 75 Mark, so ergibt sich ein Sollwert oder Erzeugerpreis für das aufstehende Holz von 575 Mark → 23 Mark pro Raummeter oder 2,30 Mark pro Zentner Stamm- oder Derbholz auf dem Stamme im Walde. Dazu kommen dann die Hauungskosten bei den heutigen Löhnen mit 25 Pfg. pro Zentner für Langholz bezw. 40 bis 50 Pfg. für Hauen und Aufmetern in Meterlänge und 50 Pfg. pro Zentner Fuhrlohn aus dem Wald bis 4 bis 5 Kilometer Entfernung frei Haus des Käufers, also im Ganzen 2,30 + 0,25 + 0,50 = 3,05 Mark pro Zentner für Langholz frei Haus des Käufers, wenn es vom pferdehaltenden Waldbesitzer also dem Bauern selbst gehauen und angeliefert wird."

Weitere Verhandlungen mit Herrn Lausberg über die Abgabe von Holz aus seinen eigenen Waldungen haben zu folgendem Uebereinkommen geführt:

„Lausberg — dem die Arbeitskräfte zum Hauen des Holzes fehlen — erbietet sich, an solche Abnehmer, die sich ihren Bedarf selbst hauen wollen, den Zentner Holz zum Preise von 1,75 Mark auf dem Stamm und 50 Pfg. Fuhrlohn, zusammen 2,25 Mark frei Haus bis Entfernung Halver abzugeben. Bedingung ist, daß das Holz regelrecht durch glatten Hieb oder — von ungeübten Händen — besser mit der Säge dicht über dem Boden mit nicht über 8 Zentimeter hohen Stümpfen gefällt und bis auf 4 Zentimeter Durchmesser Derbholz ausgeschlichtet wird, auch Lausberg die Zeit der Anlieferung insoweit überlassen bleibt, als er das Fahren ohne Schädigung seiner landwirtschaftlichen Arbeiten ausführen kann. Läßt der Selbstwerber das Holz auf seine Kosten abholen — was ihm freisteht — so sind an Lausberg nur 1,75 Mark für den Zentner zu zahlen.

Das von dem Derbholz abfallende Reiserholz, das heißt, daß unter 4 Zentimeter stärkstem Durchmesser steht dem Käufer dabei ebenfalls zur Verfügung. Insoweit es Lausberg in seiner Wirtschaft möglich ist, liefert er dieses Abfallholz in vollen Ladungen gegen einen Fuhrlohn von 1 Mk. für den Zentner — da das Aufladen 2 Mann und mehr Zeit als die Beförderung des Derbholzes erfordert — ebenfalls frei Haus. Läßt der Käufer auch dieses Holz auf eigene Kosten abholen, so ist die Fuhre als Ersatz des Düngerwertes des Reisigs an Lausberg mit 2 Mk. zu vergüten. Die Abholung hat in diesem Falle wegen der Reinigung des Berges vor dem 1. April 1920 zu geschehen.

Die Bezahlung des Holzes hat beim Abliefern, auf Verlangen vor dem Abladen zu erfolgen.

Die Verbraucherkreise seien auf dieses Uebereinkommen aufmerksam gemacht. — Bestellungen sind unmittelbar bei Herrn Lausberg zu machen.

Halver, den 9. September 1919.

Der Amtmann.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute nacht 11½ Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden meine liebe, unvergessliche Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter

Frau C. Brinkmann

Amalie geb. **Schulte**

im 76 Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rotthausen bei Schalksmühle und Mehlis (Thür.), den 12. September 1919.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. Sept nachmittags 5 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Kranzspenden dankend verbeten.

Amt Kierspe.

Kaffee-Ausgabe.

An stillende und hoffende Frauen wird in den Krankengeschäften je Kopf ein Pfund Kaffee ausgegeben.

Als stillende Frauen gelten nur diejenigen, die Kinder im Alter bis zu einem Jahre besitzen. Den Geschäften gegenüber gilt das Familien-Stammbuch als Ausweis. Besondere Bezugsscheine werden nicht erteilt. Jede Bezugsberechtigte kann nur an einer Stelle seine Einheit erhalten.

Kierspe, den 10. September 1919.

Der Amtmann.

Zuckermarken.

Als Zuckermarke für den Versorgungszeitraum vom 16. bis 30. September 1919 gelten:

a) gelbe Warenbezugsmarke Nr. 92,
b) grüne „ „ 8 „ 92.

Jede Marke berechtigt zum Bezuge von 350 Gramm Zucker.

Kierspe, den 11. September 1919.

Der Amtmann.

Getreidepreise.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums vom 15. Juli ds. Js. (R. G. Bl. S. 647) und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Reichsernährungsministeriums vom 18. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 653) betreffend die Preise für Getreide, Hülsenfrüchte und Buchweizen wird hierdurch folgendes bekanntgegeben:

Der Höchstpreis bezw. Uebernahmepreis für die im Wege der Landlieferung zu erfassenden Hafermengen beträgt **41.50 Mk. für den Dz.**

Altena, den 8. September 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thomée, Landrat.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Zur gefl. Beachtung!

Um dem vielfach unlauteren Hausiererhandel mit Stoffen entgegenzutreten, erklärt die Vereinigung der Schneidermeister des Amtes Halver, daß ihre Mitglieder wiederum längere Zeit in der Lage waren, Stoffe, von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten in in- und ausländischer Ware, einschl. aller Zutaten, zu jeder möglichen Preislage zu offerieren.

Im Interesse der geehrten Kundschaft warnt die Vereinigung vor dem wilden Hausiererhandel in frgl. Waren, da auf Grund gemachter Erfahrungen vielfach minderwertige Ware zu unverhältnismäßig hohen Preisen angeboten werden.

Die Mitglieder der Vereinigung sehen sich anderseits gezwungen, folge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, bei Verarbeitung gebrachter Stoffe einen Teuerungsaufschlag von 20% in Rechnung zu stellen.

Die Vereinigung der Schneidermeister des Amtes Halver.

Konsum-Verein
für Halver und Umgegend
e. G. m. b. H.

Wir erhalten in den nächsten Tagen eine größere Sendung

Speise-Zwiebeln

und bitten die Mitglieder, ihren Bedarf in den Verkaufsstellen anzugeben.

Der Vorstand.



Ein kleines Wohnhaus

mit etwa 1—5 Morg. Land per Febr. k. J. zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter **Nr. 1785** an den „Allgem. Anzeiger", Halver.

Pferdefutter, Schweinemastfutter, Hühnerstreufutter, Hühnerweichfutter

auf Lager vorrätig.

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl.

Sämtliche

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
usw. usw.

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Erhielt große Sendung

Manufakturwaren

als Drelle, blau und grau Leinen, Bettsiamosen, Hemdenflanell, Nessel, Zwirnstoffe, Anzug- und Kostümstoffe sowie fertige Anzüge, Arbeitshosen und Hemden

alles solide Waren zu billigen Preisen.

A. Benninghaus, Rönsahl

Fernsprecher 144.

Gebrannter Kaffee, Zucker, Cacao und Schokolade, Bonbons

feinste Ware empfiehlt

E. Lausberg Ww., Halver,

Cölnerstr. 2. Fernsprecher 191.

Spielkarten

sind wieder vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

Torfmull,

streufertig, auf Lager vorrätig.

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl.

Gute Aufnehmer

kaufen Sie billigst bei

Fritz Herm. Bohmer,

Schalksmühle.